Frau Härig teilte mit, dass sich die CDU der Vorgehensweise der Verwaltung anschließe.

Herr Dr. Frank erklärte, dass es nur Sinn mache, reines Wohngebiet auszuweisen, wenn diesmal die Bebauung feststehe und das ganze formal geordnet werde. Wenn dies nicht der Fall sei, bestehe die Frage, was in dieses Wohngebiet grundsätzlich gehöre, wenn links und rechts dort Gewerbe angesiedelt sei. Es würde dann wenig Sinn machen, reine Wohnbebauung auszuweisen. Er stellte die Frage, ob etwas legalisiert werde oder eine rechtliche Grundlage für eine feststehende Planung geschaffen werde.

Herr Gleß erklärt, dass noch keine Planung feststehe und führte weiterhin aus, dass man es dort mit einem schweren Gebietstyp zu tun habe. Auf der einen Seite grenze die Medienzentrale der Bundeswehr an, auf der anderen Seite gäbe es gewerbliche Nutzungen und Wohnnutzung. Dort bestehe eine Art Großgemengelage, bei der es schwierig sei, von vornherein festzulegen, welcher Nutzungstyp dorthin komme. Eine Wohnnutzung erscheine hier am zweckdienlichsten. Die Verwaltung nutze dieses Verfahren, um im Zuge der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und Trägerbeteiligung grundsätzlich abzuklären, ob gegen dieses Verfahren Bedenken geäußert würden.